

KLUB REPORT

Österreichische Post AG · SP 05Z036406 S · 1010 Wien
Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Verlags- und Herstellungsort: Wien | Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S

AUSGABE 01/2024



Gewalt an Frauen steigt durch unkontrollierte Zuwanderung

Junge, kulturfremde Männer, die getarnt unter dem Deckmantel des Asyls aus dem arabischen Raum zu uns gekommen sind und sich jetzt nehmen, wovon sie der Meinung sind, dass es ihnen zustünde.

Die Zahl an Vergewaltigungen in Wien durch Syrer und Afghanen ist deutlich angestiegen. Zudem terrorisieren tschetschenische Sittenwächter junge Mädchen in Einkaufszentren und Schulen.

Wenn sie kein Kopftuch tragen oder sich mit österreichischen Buben abgeben, drohen mitunter Prügel, Beschimpfungen und andere gewalttätige Übergriffe.

Ein trauriger Höhepunkt war der Mord an drei Prostituierten durch einen Afghanen, der bei der Einvernahme unumwunden zugegeben hat, dass ihn der Hass auf Frauen zu dieser Schreckenstat verleitet hatte.

Nicht minder erschreckend ist die Tat von 17 jungen Burschen zwischen 12 und 18 Jahren, die über Monate hinweg ein 12-jähriges

Mädchen sexuell missbraucht und mit Videos erpresst haben.

Diese Gewalt haben ÖVP, SPÖ, Grüne und NEOS mit ihrer ungezügelter Willkommenskultur importiert. Solche Menschen haben sie 2015 am Westbahnhof beklatscht und ihr Ankommen bejubelt, um uns dann krampfhaft einzureden, dass damit unser Facharbeiter-Mangel behoben sei. Doch das Gegenteil...

Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoevien](https://www.facebook.com/fpoevien)

 www.fpoe-wien.at



Zahlen des Monats

5 Frauen wurden in den ersten zwei Monaten in Wien getötet

7 Frauen wurden 2024 in Österreich umgebracht

9 Frauen wurden Opfer schwerer Gewalt oder Mordversuche
Von 2015 bis 2023 stieg die Zahl der Frauenmorde um mehr als das Doppelte an



Dominik Nepp
FPÖ Landesparteiobmann



Kein Fußbreit dem radikalen Islam

Es ist unerträglich, dass sich der Islamismus in all seinen radikalen Facetten in Wien ausbreiten kann, ohne dass die Politik aktiv etwas dagegen unternimmt. Seit Jahren warnen wir Freiheitliche davor, dass die bereits etablierten Parallelgesellschaften in Wien eine Gefahr für uns darstellen. Nun bekommen wir die Rechnung für die rot-pinke aber auch schwarz-grüne Untätigkeit präsentiert. Die Berichte über IS-Anhänger, die ungeniert in Wien agieren und öffentlich auftreten, sind zutiefst beunruhigend. Der Kampf gegen den Islamismus muss endlich auf ein neues Level gehoben werden. Wir fordern umgehend eine Aktion scharf gegen jede Form des radikalen und ein Verbot des politischen Islams. Es darf keine Kompromisse geben, wenn es um den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger und die Verteidigung unserer demokratischen Werte geht. Sowohl Bürgermeister Ludwig wie auch Innenminister Karner müssen endlich handeln und rigorose Maßnahmen setzen!

...ist passiert, die Flut an illegalen Zuwanderern ist jedoch nur minimal weniger geworden. Denn eine neue Form der organisierten Kriminalität konnte sich auf Grund der laschen Politik durchsetzen: Die Schlepperei.

Nun müssen sich unsere Frauen fürchten, trauen sich im Dunkeln nicht mehr in Parks, in manchen Bezirken am besten nicht einmal mehr auf die Straße.

Gegenmaßnahmen von Seiten der Stadtregierung bleiben aus – ganz im Gegenteil, im Sinn des Energie-sparens, werden die Straßen etwa durch eine Reduktion der Beleuchtung noch unsicherer gemacht. Klimaschutz vor Frauenschutz lautet in Wien das Credo.

Zahlen und Fakten lügen nicht. Laut dem letzten Sicherheitsbericht des Innenministeriums aus

dem Jahr 2022 ist die Zahl der von Ausländern an Frauen begangenen Vergewaltigungen eklatant gestiegen – nämlich um 15 Prozent! Mehr als die Hälfte, knapp 57 Prozent der Vergewaltigungen in Wien gehen auf das Konto von Ausländern. Von 183 Tätern sind 160 Ausländer – und hierbei reden wir gerade einmal von den angezeigten Fällen. Man möchte sich nicht ausmalen, wie hoch die Dunkelziffer ist! Fakt ist:

Die unkontrollierte Zuwanderung ist ein Sicherheitsrisiko für unsere Frauen.

Wir Freiheitliche fordern deshalb einen rigorosen Asylstopp, die Abschiebung von kriminellen Ausländern ohne Wenn und Aber, sowie die Herabsetzung der Strafmündigkeit von jugendlichen Tätern auf 12 Jahre! Es ist Zeit endlich zu handeln.



Gewalt an Wiens Schulen steigt stetig

- » 814 Suspendierungen wurden im Schuljahr 2022/23 ausgesprochen. Diese Zahl hat sich gegenüber 2021/22 beinahe verdoppelt.
- » 483 temporäre Schulverweise gab es alleine an Wiens Mittelschulen
- » 116 Fälle zählten bereits die Volksschulen
- » 533 Suspendierungen erfolgten im abgelaufenen Schuljahr wegen körperlicher, 341 wegen verbaler Gewalt, 139 temporäre Schulverweise wegen Vandalismus, 43 wegen sexueller Übergriffe



Staatsanwaltschaft ermittelt in Kleingärten-Skandal

Schon länger steht der Vorwurf im Raum, dass Kleingarten-Parzellen hochrangiger SPÖ-Funktionäre - darunter auch die des Donautädter Bezirksvorstehers Nevri - durch rechtzeitige Umwidmung im Wert gestiegen sind. Nachdem wir Freiheitliche diesen Skandal aufgedeckt haben, ist es umso erfreulicher, dass nun die Staatsan-

waltschaft wegen Amtsmissbrauch ermittelt. Zwar hat es eine SPÖ-interne Überprüfung in diesen Fällen gegeben, wenig überraschend wurde da nicht gesehen, was jedem außerhalb der Genossen-Blase klar war: Hier wurde gemauschelt ohne Ende. Von Seiten Bürgermeister Ludwigs wäre es hoch an der Zeit, für echte Aufklärung zu sorgen.

Echte Chancengleichheit für Frauen

Jedes Jahr werden rund um den Weltfrauentag PR-Geschütze ob der Wichtigkeit von Frauen im großen Stil aufgeföhren.

Für die Frauensprecherin der Wiener FPÖ Ulrike Nittmann steht fest, dass die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen die wichtigste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist: „Wir müssen alles dafür tun, dass Frauen echte Wahlfreiheit in Sachen Kinderbetreuung und Job haben.

Über 50 Prozent der berufstätigen Frauen sind in Teilzeit-Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Das bedeutet für viele den sicheren Weg in die Altersarmut. Hier muss

von Seiten der Politik angesetzt werden, um diesen vorgezeichneten Weg zu verhindern. Außerdem schafft wirtschaftliche Unabhängigkeit Selbstbewusstsein und auch die Möglichkeit, sich aus gewalttätigen Beziehungen zu lösen.“

Politik sowie Gesellschaft sind gefordert, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass es echte Chancengleichheit sowie faire und gleiche Entlohnung gibt und Wahlfreiheit in Sachen Kinder oder Karriere möglich ist, ohne



monetär oder gesellschaftlich benachteiligt zu sein.

Wiener Bildung ist am Ende

Zu wenig Personal, zu wenig Klassenräume und trotzdem setzen die Stadt Wien aber auch die Bundesregierung weiter auf Familiennachzug. Allein im vergangenen Jahr mussten über 3000 Kinder aufgrund dessen in Wiens Schulklassen untergebracht werden, für heuer erwartet man 200 Kinder - pro Monat! Bildungsstadtrat Wiederkehers Lösung sind Containerklassen, in denen die Schüler nun unterrichtet werden sollen - gegen den Willen der Bezirksanrainer, die mittlerweile schon gegen diesen „Schulsaubau“ Sturm laufen. Wiederkehr will nicht einsehen, dass sich durch die Schaffung von neuen Räumlichkeiten allein das Bildungsproblem in Wien nicht lösen lassen wird. Fakt ist: Die Bildung unserer Kinder leidet unter den Integrationsträumen der rot-pinken Stadtregerung. Der weitere Zuzug von teils nicht integrierbaren Jugendlichen, die weder Deutsch sprechen oder sogar gewalttätig Lehrern und Mitschülern gegenüber werden, ist deshalb sofort zu stoppen.

Maximilian Krauss

FPÖ Klubobmann



Mehr Rot-Weiß-Rot statt EU-Irrsinn

Im Rahmen der Europäischen Mitteilung im letzten Wiener Gemeinderat brachte der freiheitliche EU-Abgeordnete Georg Mayer das Versagen der EU auf den Punkt.

144 Milliarden Euro Steuergeld wurde von Kommissionspräsidentin von der Leyen in den vergangenen zwei Jahren an die Ukraine überwiesen. Mittel der europäischen Steuerzahler, mit denen man die gesamte Obdachlosigkeit innerhalb der EU bekämpfen hätte können. Nun fließen 90 Prozent davon in die US-amerika-

nische Rüstungsindustrie. Ratlos gibt sich die EU auch beim Thema Zuwanderung, der sie nichts Wirksames entgegenzusetzen hat. Statt restriktiver Zuwanderungspolitik fantasiert man von einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Länder. Gleichzeitig setzt man alles auf Klimagerechtigkeit: „Mit völlig überbordenden Klimazielen, nämlich minus 90 Prozent CO2-Ausstoß von 1990 bis 2040, will man offenbar das Weltklima retten – und das obwohl Europa für gerade einmal acht Prozent des weltweiten CO2-Ausstoßes verant-

wortlich ist. Wir Freiheitliche sind die einzige Kraft, der die nationalstaatlichen Anliegen und damit der Schutz des eigenen Landes und seiner Bevölkerung noch am Herzen liegen. „Die EU hat in den vergangenen Jahren auf allen Ebenen versagt. Anstatt die Probleme unserer Zeit zu lösen, hat sie immer neue geschaffen.“



Wo sind die Gewaltschutzkonzepte in der Film- und Theaterszene?

Die heimische Kulturszene rühmt sich für ihre vielfältigen TV- und Theaterproduktionen.

Doch leider häufen sich vermehrt Berichte über Machtmissbrauch oder sexueller Übergriffe im Kulturbereich – sogar an Kindern. Wie nun eine Dokumentation des „NDR“ aufdeckt, sind in Österreich durchaus namhafte Akteure für ihre regelmäßigen Übergriffigkeiten bekannt. „Sowohl die Wiener Stadt- wie auch die Bundesregierung sind nun gefordert. Wir brauchen Schutzkonzepte für Frauen und Kinder beim Film und Theater. Durchzusetzen wäre dies, indem zukünftig



nur mehr Förderungen von öffentlicher Hand ausbezahlt werden, wenn es entsprechende Konzepte gibt“, so der Wiener FPÖ Kultursprecher LAbg. Stefan Berger, der auf einen entsprechenden Antrag der Wiener Freiheitlichen verweist, der mit den Stimmen von SPÖ, NEOS und ÖVP im letzten Gemeinderat angenommen wurde. „Wir

müssen alles tun, damit Missbrauchsfälle auf null reduziert werden. Die Kulturszene ist gefordert hier im Gleichschritt mit der Politik entschieden aufzutreten und deutliche Verbesserungen zu erreichen!“

Stefan Berger, Kultursprecher der FPÖ Wien

